

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 89 (2014)
Heft: 12

Artikel: Dicke Luft in Berlin
Autor: Forster, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-718024>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dicke Luft in Berlin

Wie jedes Jahr prallen auch am 14./15. Oktober 2014 an der Berliner Handelsblatt-Konferenz die drei Kräfte Politik, Bundeswehr und Rüstungsindustrie aufeinander. Wie stets beginnt die Konferenz mit einer ordentlichen Frage: Wie wirken sich die Ukraine, der Nahe Osten und Nordafrika auf die europäische Sicherheit aus? Und doch ist 2014 alles anders – so dick war die Luft in Berlin noch nie.

AUS BERLIN BERICHTET VON DER 11. HANDELSBLATT-KONFERENZ CHEFREDAKTOR PETER FORSTER

Im Kern der Misere liegt die mangelnde Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Der desaströse Zustand der deutschen Streitmacht geht auf zwei Jahrzehnte Sparen und Wursteln zurück.

Ursula von der Leyen, die Verteidigungsministerin, verlangte vom Heer, von der Marine und von der Luftwaffe die «Klarstandslage» der Hauptwaffen. Das Ergebnis sorgt in Berlin für rote Köpfe:

- Von 33 Helikoptern NH-90 sind lediglich fünf einsatzfähig.
- Von 109 Eurofightern acht.
- Von acht Seeaufklärern P3C einer.
- Von 21 Marinehelikoptern *Sea King* zwei.

Überall fehlen Ersatzteile

Verheerend wirken sich die zwei Sparjahrzehnte auf die Ersatzteillager aus. Entweder kann die Industrie die Ersatzteile nicht in genügender Zahl liefern; oder die Ersatzteile können, weil zu teuer, nicht genug reichlich bevorratet werden.

Wie in Berlin hart zum Ausdruck gelangt, ist das der wirtschaftlichen Grossmacht Deutschland unwürdig; und die Mängel werfen ein Licht auf das Materialmanagement der Bundeswehr und deren Finanzierung. Die Logistikkrise beschädigt alte und neue Systeme gleichermaßen:

- angestammte Waffen wie *Sea King*, den Frachter *Transall* oder den CH-53-Helikopter;
- moderne wie den neuen NH-90, den Kampfheli *Tiger* und den Eurofighter.

Gegen von der Leyen

Verschärft wird die ohnehin angespannte Lage durch Schuldzuweisungen der Ministerin von der Leyen an ihre Vorgänger. In der CDU-Fraktion des Bundestages warf von der Leyen den früheren Ministern Jung, Guttenberg und de Maizièrè Misswirtschaft und schludrige Amtsführung vor.

Die happigen Vorwürfe kommen nicht überall gut an. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer rüffelte von der Leyen, er habe immer wieder unerfreuliche Zustände angetreten; nie aber sei er über seine Vorgänger hergezogen.

Enders schlägt zurück

Vor der Fraktion verschonte von der Leyen mit ihrer Kritik auch die Rüstungsbranche nicht. Auf der Handelsblatt-Konferenz schlägt nun Tom Enders, der Chef von *Airbus Defense*, hart zurück. Seine Philip-

pika gipfelt in den Worten: «Nie wieder unterzeichnen wir Verträge wie diesen» – gemeint ist der Vertrag zum Transportflieger A400M, der jetzt fünf Jahre zu spät kommt.

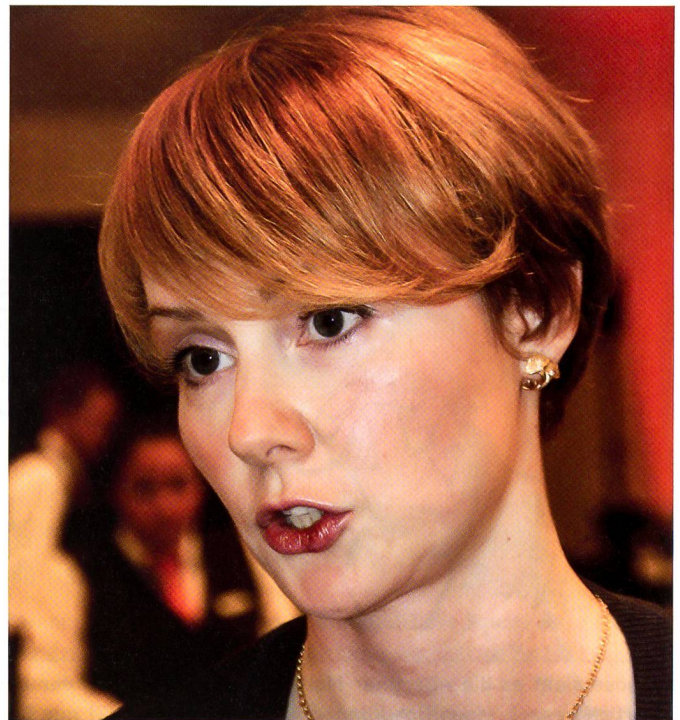
«Die USA sind das leid»

Der Fallschirmmajor Enders wörtlich:

- «Beide Seiten haben sich überfordert und sind von Anfang an nicht ehrlich miteinander umgegangen.»
- «Wenn die Technik erst entwickelt werden muss, kann die Industrie nicht sagen, dass diese sechs Jahre später im



General Domröse, wie er lebt und lebt: «ein Freund der klaren Aussprache».



Andrius Krivas, der 43-jährige Vize-Aussenminister Litauens.

Olena Zerkal, die 41-jährige Vize-Aussenministerin der Ukraine.

vierten Quartal voll funktioniert. Wir werden nicht noch einmal für ein solches Projekt einen Festpreis eingehen und das Risiko allein auf uns nehmen.»

- «In Berlin nennt es ein Minister eine Schande, dass die deutsche Rüstung einigermaßen erfolgreich ist. In Paris teilt der Minister erfreut mit, dass Frankreich seine Exporte steigerte.»
- «Warum soll Europa als grösster Wirtschaftsraum der Welt nicht fähig sein, zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben?»
- «Warum nehmen wir es hin, dass wir nicht einmal unser Territorium verteidigen können, sondern dass wir die Amerikaner brauchen? Die USA sind das leid.»

Völkerrecht gebrochen

Starke Worte setzt es ebenso zu den Sanktionen ab, welche die Bundesregierung im Gefolge der Krimbesetzung gegen Russland verhängte.

Den amtlichen Standpunkt vertritt der CDU-Politiker Elmar Brok, seines Zeichens Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament. Er weist die Kritik der Rüstungsindustrie scharf zurück: «Völkerrechtsbruch wiegt schwerer als Geschäfte.»

Brok: «Wir lebten 25 Jahre lang im schönen Traum, in Europa würden Grenzen nie mehr bewaffnet verschoben. Wir glaubten alle, es gelte die territoriale Inte-

grität der Staaten; und jedes Land, auch die Ukraine, beschliesse selber, welchem Bündnis es beitrete oder nicht.»

All das habe die Annexion der Krim jäh zerstört. Präsident Putins räuberisches Vorgehen sei in aller Form zu verurteilen. Dem Westen bleibe nur übrig, Russland geschlossen mit Sanktionen zu bestrafen. Wäre Putin im Recht, könnten in Europa Kriege an 100 Orten vom Zaun gebrochen werden. So wie es Mitte Oktober 2014 aussehe, mutiere der Kampf um die Ostukraine zum «eingefrorenen Konflikt».

«Das ist keine kluge Politik»

Die Gegenposition vertreten der Politologe Alexander Rahr, Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, und Claus Diehl, CEO der Waffenschmiede Diehl, Überlingen.

- Der Ukraine Konflikt sei militärisch-politischer Natur. Nie lasse sich eine militärisch-politische Krise mit wirtschaftlichen Sanktionen lösen.
- 25 Jahre lang habe der Westen die Chance besessen, mit Russland eine tragfähige Sicherheit aufzubauen. Darin habe der Westen versagt.
- Bei Sanktionen müssten *alle* mitmachen. Als Ausnahmen genannt werden ausdrücklich die EU-Nationen Frankreich, Italien, Österreich, Finnland und ein Nicht-EU-Staat: die Schweiz.
- Bisher halte sich Russland an seine Verpflichtungen, Öl und Gas zu liefern.

Putin könne indessen jederzeit nach China ausweichen, siehe den Gas- und Pipeline-Vertrag von Shanghai.

- Die deutsche Wirtschaft habe in Russland für 20 Milliarden Euro Investitionen getätigt. Sie biete 250 000 Russen Arbeit. Das zu gefährden, sei «keine kluge Politik».
- Betroffen seien Konzerne wie Rheinmetall, Volkswagen oder Metro. Doch die Sanktionen zögen auch unzählige mittelständische Firmen in Mitleidenenschaft.
- Politiker wüssten nicht, wie sehr geschäftliche Erfolge auf Vertrauen, auf Partnerschaft beruhten. Schon sei Vertrauen zerstört: nicht auf zwei, drei Jahre hinaus, sondern für Jahrzehnte.

Ukraine will Frieden

Zurückhaltend legt Olena Zerkal, die Vize-Aussenministerin der Ukraine, den Standpunkt ihres Landes dar.

Olena Zerkal, Tochter einer russischen Mutter und eines ukrainischen Vaters, ist Juristin und studierte auch am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik. Im Namen ihrer Regierung bekennt sie sich zum Frieden. Die Ukraine sei bereit, ihre Truppen 15 Kilometer von der Front zurückzuziehen.

Dringend brauche die Ukraine die Unterstützung von Europa und der Vereinigten Staaten. Direkt appelliert Olena Zerkal an die Bundesrepublik Deutschland. In der Ukraine breche im November der Winter



So böse sieht es die «Berliner Morgenpost». Ursula von der Leyen antwortet Obama: «Ehrlich gesagt, eigentlich können wir (gegen den ISIS) nur Bodentruppen schicken.»

an. Würde Putin das Gas abdrehen, drohe eine humanitäre Katastrophe. Die Ukraine vertraue auf Norwegen: «Oslo würde helfen, und Warschau würde den Weg durch Polen freimachen.»

Atombomben auf Warschau?

Weit schärfer als Olena Zerkal tritt ihr litauischer Amtskollege Andrius Krivas auf. Krivas, auch er Jurist, mit Studium noch in Moskau, greift Putin frontal an:

- Russland verletze die territoriale Integrität von Georgien und Ukraine. Seit Putins Machtübernahme am 1. Januar 2000 gehöre Russland nicht mehr zur

Staatenwelt. *Gazprom* erpresse die Kunden mit «unanständigen Tarifen». Die russischen Streitkräfte übten den Atombomben-Abwurf auf Warschau und den Einmarsch ins Baltikum.

- Noch 2013 seien Balten, die vor Putin warnten, als «paranoid» beschimpft worden – jetzt nicht mehr.
- Putin wolle die früheren Sowjetrepubliken der Eurasischen Union unterstellen. Das werde ihm nicht gelingen. Angst vor Putin sei kein guter Ratgeber.
- Die Balten unterstützten die Ukraine: keine Konzessionen, keine Anerkennung illegaler Besetzungen, Verstär-

kung der NATO-Präsenz, Dialog mit russischen Dissidenten, neue Öl- und Gas-Terminals an der baltischen Ostsee.

Domröse: NATO-Position

General Hans-Lothar Domröse, der Befehlshaber *Allied Joint Force Command* der NATO im niederländischen Brunssum, legt temperamentvoll die Position des Nordatlantikpaktes dar.

Wie immer zieht der gelernte Panzergrenadier gewaltig vom Leder – *Infotainment*, Information in unterhaltender Form, wie Alex Hochuli, Assistent an der MILAK, treffend anmerkt. An Aussagekraft fehlt es Domröses Vortrag freilich nicht:

- Putin wolle 1989 rückgängig machen. Er bekämpfe alles, was seither geschah. Die neuen NATO-Staaten suchten Schutz vor Russland.
- Nicht die NATO habe die zwölf Nationen zum Beitritt aufgefordert; die von Russland bedrohten Staaten hätten selber darum nachgesucht.
- Putin bedrohe die Ukraine direkt, Polen, Finnland und die Balten indirekt.
- In Transnistrien habe er auf 3567 km² eine ganze Brigade stationiert (Transnistrien umfasst nur 10 Prozent der Fläche von Moldawien).

NATO-Manöver in Polen

Laut Domröse überraschte Putin auf der Krim auch die Geheimdienste. In der NATO rücke nun wieder der Charta-Artikel 5 in den Brennpunkt, der allen 28 Mitgliedern vorschreibt, jedem Mitglied zu helfen, das angegriffen wird. Militärisch ergriff Domröse als Befehlshaber des Nord-Kommandos sofort Massnahmen:

Die Rückkehr der Panzer: 225 Leopard-2 und 190 Boxer sind nicht genug

Als Konsequenz aus der Ukraine-Krise plädieren in Berlin die CDU/CSU und die SPD dafür, die Bundeswehr mit deutlich mehr Kampf- und Radschützenpanzern als bisher geplant auszustatten.

Die angestrebte Zahl von 225 Leopard-2-Panzern und 190 Radschützenpanzern Boxer sei nicht mehr angemessen, heisst es in den Anträgen der Verteidigungsexperten der Koalition für den Haushalt 2015.

Zugleich sollten die vorhandenen Kampfpanzer modernisiert und ein Entwicklungsprogramm für einen Leopard-3, also eine neue Generation von Kampfpanzern, aufgelegt werden. Die weltweite Sicherheitslage erfordere ein Umdenken,

was den Stellenwert der Bundeswehr angehe – auch finanziell, beantragen die Abgeordneten.

Die deutschen Panzerbauer Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann stehen unter Druck, seit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine restriktive Rüstungsexportpolitik ankündigte. Die Restriktionen betreffen nach dem Willen des SPD-Politikers vor allem Panzer. Im Kalten Krieg verfügte die Bundeswehr über mehrere Tausend Kampfpanzer.

Die Verteidigungspolitiker setzen sich zudem dafür ein, auch 2015 moderne persönliche Ausrüstung für die Soldaten der Kampftruppen zu beschaffen. Zum System *Infanterist der Zukunft* gehören unter



Schützenpanzer Boxer in Afghanistan.

anderem Bekleidung, Schutzwesten, Funkgeräte und Nachtsichtgeräte. Bisher wurden damit vor allem die Soldaten in Afghanistan ausgestattet. *bta.*



Claus Günther, CEO Diehl, Überlingen.

- Alarmstufe für die *Very High Readiness Joint Task Force*, VJTF, laut Domröse «der Porsche unter den Porsches».
- Hohe Bereitschaft für das deutsch-dänisch-polnische Korps in Stettin gemäss NATO-Artikel 5.
- Überführung von 90 Prozent der NATO-Truppen unter das Zeit-Regime des erhöhten Bereitschaftsgrades.
- Übergang zur rollenden Planung; Manöver «ANAKONDA» im Sept./Okt. 2014 mit 12 000 Mann südlich vom russischen Kaliningrad in Polen.

Afghanistan am Scheideweg

Zu Afghanistan gibt Domröse ein differenziertes Bild. Bis Ende 2014 überlassen die USA und ihre Alliierten die Fläche der afghanischen Armee; der Rückzug auf Kabul steht unmittelbar bevor. 2000 Stützpunkte werden geschlossen. Das Land steht am Scheideweg.

Es bleiben 12 000 alliierte Soldaten. Diese verschwinden in der Fläche (652 225 km²). Die Taliban sind erstarkt. Positiv



Beate Merk, Staatsministerin von Bayern.

seien die Stabilisierung der Regierung, die Fortschritte in Schulen und Spitälern sowie die Besserstellung der Frauen.

Glatz: Kritik an den USA

Generalleutnant Rainer Glatz, von 2009 bis 2013 Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, zieht zu Afghanistan kritisch Bilanz:

- Die Nachrichten verhieszen jetzt, kurz vor dem Abzug der alliierten Kampftruppen, nichts Gutes.
- Die USA versuchten ihr *Nation Building* von oben nach unten – in einer Stammesgesellschaft unmöglich.
- Wie in Irak definierten die USA den politischen Endzustand nicht. Umsonst suchten sie westliche Werte durchzusetzen. Der Westen versagte.
- Von Anfang liefen drei Stränge unkoordiniert: «ENDURING FREEDOM» (USA), ISAF (NATO), zivile Mission.
- Es fehlte die *unité de doctrine*. 2002 sei der Taliban-Widerstand erloschen. Doch westliche Uneinigkeit habe die



Tom Enders ballt die Faust: «Nie wieder unterzeichnen wir solche Verträge.»

Rebellen wieder aufgebaut. Das Volk habe rasch gespürt, dass ISAF nicht zum Äussersten entschlossen war.

- Operativ fehlen Druck und Tempo.

Mit der Waffe in der Hand

Glatz, ein besonnener Mann, gibt zu bedenken, *Soldaten seien nicht dazu da, Schulen zu bauen, sondern mit der Waffe in der Hand zu kämpfen.*

Er schliesst mit den Worten: «Für jede Nation ist es ein schwerer Entscheid, ob sie ihre Streitkräfte im Ausland einsetzen will oder nicht. Die Risiken sind abzuwägen. *Auch in Beachtung der Fürsorgepflicht muss ein Land im Einsatz das Leben seiner Soldaten riskieren und Verluste ertragen.*» ■

Von der Leyen will die Superdrohne Triton – Zwist über bewaffneten Einsatz

Unter dem Verteidigungsminister de Maizière scheiterte die Bundeswehr mit dem Drohnenvorhaben *Global Hawk*. Dessen ungeachtet forciert de Maizières Nachfolgerin von der Leyen die Beschaffung der Superdrohne *MQ-4C Triton*.

Die *MQ-4C Triton* vom amerikanischen Hersteller *Northrop-Grumman* ist eine modernere Version des *Euro Hawk*, den der gleiche Hersteller der Bundeswehr verkaufen wollte und an den Zulassungsbedingungen in Deutschland scheiterte.

Der amerikanische Kongress beziffert die Kosten für die *Triton* mit fast 190 Millionen Dollar pro Stück, einschliesslich Entwicklung. Selbst wenn die Serienmaschinen für Deutschland billiger werden

könnten, ist das Volumen für deutsche Politiker immer noch atemberaubend. Würden nämlich – wie beim *Euro Hawk* geplant – vier Serienmaschinen beschafft, könnte das den Steuerzahler schnell um die 750 Millionen Dollar kosten.

Spät habe die Ministerin die Fachpolitiker der Koalition über ihr Vorhaben informiert, heisst es aus Union und SPD.

Viele Parlamentarier sind darüber – gelinde gesagt – unglücklich. Alle wesentlichen Entscheidungen würden immer vorher an die Medien durchgestochen, ob verstärkter Irak-Einsatz, Ukraine-Einsatz von Aufklärungsdrohnen, die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfer zu Rüstungsprojekten und jetzt eben die Planung der *Triton*.



Die Drohne MQ-4C Triton im Testflug.

Zudem wollen die Politiker die Frage geklärt haben, ob die *Triton* nur zur Aufklärung oder auch als bewaffnete Offensivdrohne angeschafft werde. *bta.*